

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/5367/2017
	Status: öffentlich
	Datum: 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en: SPD BfM	

Beratungsfolge:		
Gremium Magistrat Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung Stadtverordnetenversammlung Marburg	Zuständigkeit Stellungnahme Vorberatung Entscheidung	Sitzung ist Nichtöffentlich Öffentlich Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat soll zukünftig – zur Verbesserung der Transparenz und der Elterninformation – sicherstellen, dass im städtischen Internet ersichtlich ist, welche Plätze in der Kindertagesbetreuung angeboten werden.

Hierzu ist es notwendig, dass alle Anmeldungen zentral beim Jugendamt – Fachdienst Kindertagesbetreuung – zeitnah gemeldet werden.

Es soll weiterhin geprüft werden, ob durch eine zentrale Platzvergabe dem Elterninteresse auf die Betreuung ihres Kindes in einer von ihnen gewünschten Einrichtung verbessert werden kann.

Begründung:

Eltern melden ihr zu betreuendes Kind zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Kindertagesbetreuungseinrichtungen oft auch bei unterschiedlichen Trägern an. Dieses führt zu einem Vergabeverfahren, dass für Eltern intransparent ist und die Planungen bei der Sicherstellung ausreichender Plätze in den verschiedenen Einrichtungen erschwert.

Ulrich Severin
Matthias Simon

Gabriele Mensing

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 07. Juni 2017 zu den u.a. Anträgen der Fraktionen von SPD und BfM wie folgt unter Tagesordnungspunkt 2 Stellung genommen:

a) Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, Vorlage VO/5367/2017:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt eine zentrale Anmeldung im Jugendamt und eine zentrale Platzvergabe strikt ab. Eltern sollen sich weiterhin dezentral in den KiTa's anmelden können. Die Autonomie der Träger muss erhalten bleiben.

Eine damit verbundene zentrale Erfassung der Anmeldungen unter Berücksichtigung des Datenschutzes – wie zurzeit im Krippenbereich entwickelt – wird befürwortet, da dadurch die Kooperation mit der Verwaltung verbessert wird und Doppelanmeldungen erkannt werden können.

Dabei müssen Datengrundlagen für die Bedarfserhebung der Jugendhilfeplanung geschaffen werden. Ein Platzmangel kann nicht durch mehr Transparenz, sondern nur durch Ausbau von Plätzen behoben werden.

Bei einer zentralen Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, sieht der Jugendhilfeausschuss die für die freien Träger notwendige Beziehungsarbeit und spezielle Passung bei der Platzvergabe gefährdet.

b) Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP), Vorlage VO/5368/2017:

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt eine transparente und verbindliche Planung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung in Marburg. Es sollte ein Gesamtinvestitionsbedarf aller erforderlichen Baumaßnahmen aufgestellt werden. Eine Grundlage der Planung und Priorisierung können die jährlichen Bedarfsanmeldungen der freien Träger sein. Der Jugendhilfeausschuss lehnt eine Einschränkung von Maßnahmen durch die ausschließliche Berücksichtigung von Bauvorhaben über 100.000 € ab. Es wird vorgeschlagen, Vorhaben ab 50.000 € in die Planung einzubeziehen. Gerade dringend erforderliche Sanierungen der Sanitäranlagen, der Küchen oder Maßnahmen zum Lärmschutz oder Brandschutz liegen in der Regel unter 100.000 €, tragen aber erheblich zur Gesundheitsfürsorge der Fachkräfte und Kinder bzw. zur Sicherung der Betreuungsplätze bei.